Welt Trends

Internationale Politik und vergleichende Studien

Heinz Kleger

Noch zu retten?

Plädoyer für die EU-Verfassung

WeltTrends-Papiere | 1

Potsdamer Textbücher

Bisher erschienen:

PTB 1: Regionen in der Europäischen Union

PTB 2: Polen – Staat und Gesellschaft

PTB 3: Naher Osten – Politik und Gesellschaft

PTB 4: Totalitäre und autoritäre Regime

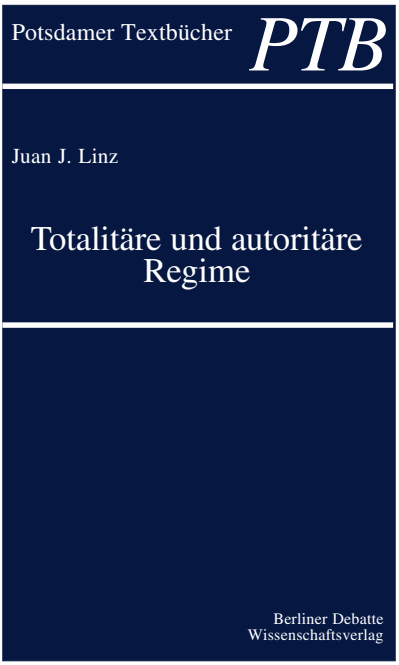
PTB 5: Kommunale Selbstverwaltung

PTB 6: Die verschwundene Diplomatie

PTB 7: Recht in der Transformation

PTB 8: Das moderne Polen

PTB 9: Making Civil Societies Work



@

Bestellungen unter www.welttrends.de und beim Universitätsverlag Potsdam: ubpub@uni-potsdam.de

www.welttrends.de

Die EU-Verfassung ist noch zu retten

Jak uratować konstytucję europejską?

Sauver la Constitution européenne

Saving the European Constitution

Die EU-Verfassung ist noch zu retten

Ich möchte im Folgenden einige Thesen formulieren, *warum* eine europäische Verfassung immer noch eine gute Idee ist und *wie* sie wiederbelebt werden kann.[1]

Eine wichtige und gute Idee

1. In der EU besteht weitgehender *Konsens über die Notwendigkeit einer strukturellen Reform*, die über einen Verfassungsvertrag vollzogen werden soll: Die Mehrheit der EU-Mitglieder sowie der künftigen Mitglieder spricht sich für einen Verfassungsvertrag aus. 16 Länder haben den Verfassungsvertrag bereits ratifiziert, darunter bezeichnender Weise Rumänien und Bulgarien, die noch gar keine vollberechtigten EU-Mitglieder sind. Deutschland hat ihn ‚zur Hälfte' ratifiziert: Der Verfassungsvertrag wartet noch auf die Unterschrift des Bundespräsidenten sowie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts angesichts der Gauweiler-Klage, die eine Volksabstimmung nach Art. 146 GG erzwingen will. Selbst in Frankreich, wo der Verfassungsvertrag in einem historischen Referendum abgelehnt wurde, spricht sich der Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy für eine komplette Übernahme der neuen institutionellen

---

[1] Dieser Text wurde erstmals auf der Tagung „Deutsche und Polen in der EU/Niemcy i Polacy w UE" am 24. November 2006 an der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen vorgetragen.

Lösungen aus, wobei der Vertrag nicht substantiell, wohl aber was die Form und die Länge betrifft, zum ‚Mini-Vertrag' werden soll. Man muss allerdings in Rechnung stellen, dass sich in der französischen Parteienlandschaft divergierende europapolitische Strategien und Konzepte abzeichnen, mit denen die Kandidaten in den Wahlkampf ziehen. Die EU-Verfassung könnte dabei als medienwirksamer kontroverser Streitfall noch ein Thema werden.

2. Betrachtet man die Situation in Frankreich, so stößt man auf folgendes *Paradox:* Obwohl die europäische Verfassung *strukturell* im Interesse Frankreichs liegt, scheidet das Land im Moment aus *konjunkturellen* Gründen als Akteur zur Durchsetzung bzw. Wiederbelebung des Ratifikationsprozesses aus. Vor den Präsidentschaftswahlen am 22. April und 6. Mai 2007 – und eventuell, falls nach einem Sieg der Sozialisten Parlamentswahlen nötig sein sollten, sogar noch einige Wochen später – ist von französischer Seite keine Initiative in Bezug auf die dornenreiche Verfassungsfrage zu erwarten. Zwar befinden sich die Gegner einer weitergehenden europäischen Integration – für welche die Verfassung ja prinzipiell steht – deutlich in der Minderzahl: also die nationalen Souveränisten auf der Rechten (Le Pens ‚Front National' sowie die Traditionalisten um Philippe de Villiers) und die sozialen Souveränisten auf der Linken (linksradikale Splittergruppen, Teile der kommunistischen Partei sowie der linkslibertäre Parteiflügel ‚Nouveau Parti Socialiste/NPS' innerhalb der

Sozialistischen Partei). Der noch amtierende Präsident Chirac und sein Premierminister de Villepin sind innenpolitisch aber nach dem negativen Referendum im Frühjahr 2005 und dem Debakel um die Reform des Arbeitsrechts für Jugendliche in diesem Jahr zu sehr geschwächt, als dass sie der Europapolitik noch irgendwelche Impulse geben könnten. Hinzu kommt, dass auch die beiden Präsidentschaftskandidaten Sarkozy[2] und Royal[3] kein großes Interesse an einer Debatte über die Zukunft Europas haben. Angesichts des sich abzeichnenden Kopf-an-Kopf-Rennens beider Kandidaten kann sich keiner auch nur die kleinste Schwäche erlauben: Beide sind vielmehr darauf angewiesen, soweit wie nur möglich, im eigenen Lager die Wähler für sich zu mobilisieren. Das heißt für Sarkozy, dass er den rechten Rändern jenseits der Regierungspartei UMP keinen Platz lassen darf, wenn er gewählt werden will, während Ségolène Royal auf die Unterstützung sowohl vom NPS als auch – vor allem im zweiten Wahlgang – auf das Wählermilieu links des PS angewiesen ist. Beide werden sie deshalb aller Wahrscheinlichkeit nach das Thema Europa weitgehend *meiden* bzw. es so weit wie möglich *offen* halten. Die beherrschenden Themen sind zurzeit die innere Sicherheit, die 35-Stunden-Woche

---

2 Sarkozy soll am 14. Januar 2007 offiziell zum Kandidaten der Regierungspartei UMP gewählt werden.

3 Ségolène Royal wurde in einer internen Mitgliederbefragung des PS am 16. November 2006 mit 60,6 % als Kandidatin für die Präsidentschaftswahl gewählt. Ihre Konkurrenten Dominique Strauss-Kahn und Laurent Fabius erreichten nur 20,8 % resp. 18,5 % bei der Befragung. Vgl. ‚Le Monde' vom 16.11.2006.

sowie die Reform der Sozialversicherungssysteme, während außenpolitische und europapolitische Fragen bisher nur Randthemen darstellen. Dies kann sich allerdings, wie wir wissen, durch intervenierende Ereignisse immer sehr schnell ändern.

3. Eine ganz andere Frage ist, *wie* sich die beiden Kandidaten *nach* den Präsidentschafts- bzw. Parlamentswahlen zur Frage der europäischen Verfassung verhalten werden. Hier scheint Ségolène Royal eine europaskeptischere Haltung an den Tag zu legen als Sarkozy, da sie in ihrem Wahlprogramm substantielle Korrekturen am Verfassungsvertrag fordert, die sich allerdings im vielstimmigen Konzert der europäischen Mächte kaum werden durchsetzen lassen.[4] Dennoch spricht einiges dafür, dass Royal, wenn sie erst einmal an der Macht ist, sich nicht weiter an Wahlversprechen gebunden fühlen wird – ähnlich wie schon Mitterrand vor ihr. Denn entgegen der weit verbreiteten – und geschickt geschürten – Erwartung, dass sie als Frau einen *Bruch* mit der traditionellen Elitenherrschaft ihres Landes herbeiführen wird, spricht ihre Biographie eine andere Sprache. Als Tochter einer traditionsreichen Familie französischer Militärs, als Absolventin der Kader-

---

4 So fordert sie einen neuen Text über die institutionellen Reformen der EU. Den bisherigen Verfassungsvertrag hält sie für „ausgedient“, aber auch ein „Minivertrag“, wie er im Regierungslager diskutiert wird, erscheint ihr als unzureichend. Statt dessen plädiert sie dafür, dass „wir uns Zeit nehmen [müssen] für eine richtige Debatte, Zeit, um uns zu konzentrieren und die Ideen reifen zu lassen.“ [Pressekonferenz in der Nationalversammlung vom 11.10.2006.] Vgl. zum Programm der Kandidaten www.le-monde.fr.

schmieden SciencesPo und ENA (auf der sie ihren Lebensgefährten, den sozialistischen Parteivorsitzenden François Hollande, kennengelernt hat), als mehrfache Ministerin in den Regierungen Bérégovoy und Jospin und nicht zuletzt als Präsidentin einer überwiegend ländlich geprägten Region (Poitou-Charentes), in der sie ihre politische Sozialisation erfahren hat, ist kein radikaler Wechsel in der französischen Politik, geschweige denn in der Europapolitik von ihr zu erwarten. Verglichen mit Frau Royal nimmt sich die politische Biographie des sozialen Aufsteigers Sarkozy geradezu bunt aus. Doch auch er dürfte keinerlei Interesse daran haben, die traditionelle europapolitische Position Frankreichs zu verändern. Er wird hier im Falle einer Wahl stark auf die Berater aus dem Quai d'Orsay angewiesen sein. Berücksichtigt man weiterhin, dass im Fall eines Wahlsiegs von Frau Royal bereits darüber spekuliert wird, dass ihr schärfster innerparteilicher Konkurrent, der überaus europafreundliche Dominique Strauss-Kahn[5], Premierminister werden könnte (ähnlich wie Michel Rocard unter Mitterrand), gibt es kaum Anlass zur Befürchtung, eine sozialistische Präsidentin würde ein endgültiges Scheitern der europäischen Verfassung riskieren. Es lässt sich von daher eher prognostizieren, dass Frankreich nach den Wahlen im Frühjahr 2007 – in vermutlich reduzierter Form und mit einigen kosmetischen Veränderungen – die Ratifizierung der europäischen Verfassung im Tandem mit Deutschland wieder aktiv vorantreiben

[5] Vgl. Dominique Strauss-Kahn, Qui! Lettre ouverte aux enfants de l'Europe, Paris 2004.

wird. Auch Frankreich wird nach den Wahlen nicht mehr *auf Zeit* spielen können. Die Zeit, die Frau Royal *jetzt* verspricht[6], wird sie dann nicht mehr haben.

4. Wir haben es also mit einer Gleichung mit vielen Unbekannten zu tun: Einerseits könnten Sarkozy und Merkel durchaus ein starkes europapolitisches Duo – das sich als informelles Gespann bereits gebildet hat – zum richtigen Zeitpunkt werden, andererseits ist der französische Wahlausgang im Moment noch völlig offen, außerdem sind die französischen Sozialisten in der Europa-Frage tief gespalten. Die größte Unbekannte bei Ségolène Royal, der neuen ‚Zapatera' der Sozialisten, welche die Wunde von Jospins Niederlage wieder heilen soll, sind ihre außenpolitischen Vorstellungen.

5. Der Nizza-Vertrag, an dessen institutionellen Lösungen gegenwärtig vor allem die polnische Regierung festhält (Spanien hat seinen Widerstand spätestens mit dem positiv ausgefallenen Verfassungsreferendum aufgegeben), scheint in Theorie und Praxis nicht überlebensfähig. Der Wille der großen Mehrheit der EU-Mitglieder geht in Richtung einer *Veränderung des europäischen Institutionengefüges*. Auch politikwissenschaftliche Studien bestätigen, dass sich das System der doppelten Mehrheit wie es im Verfassungsentwurf vorgesehen ist, auf die Entscheidungseffizienz im Rat positiv auswirkt, denn man kann dahingehend

---

6 Siehe das Zitat in Anmerkung 3.

argumentieren, dass eine erhöhte Anzahl von Akteuren, die entweder mit Agenda-Setting-Macht oder Veto-Positionen ausgestattet sind, den Entscheidungsprozess erschweren[7], womit die Wahrscheinlichkeit von Entscheidungsblockaden wächst. Deshalb ist zu erwarten, dass die erweiterte EU mit der Beibehaltung der Nizza-Regeln stärker status quo-orientiert sein wird als bisher. Dies bestätigen Studien, die von einer größeren Konfliktwahrscheinlichkeit in der EU ausgehen, da ja die EU 27 stark an Heterogenität dazu gewinnen wird.[8] Das rigide Entscheidungssystem des Nizza-Vertrages kann jedenfalls der Heterogenität nicht gerecht werden und fördert somit systematisch Blockaden. Diese allgemeine Aussage ist natürlich in Bezug auf verschiedene Politikfelder zu differenzieren und zu spezifizieren: In der Agrar- und Handelspolitik werden beispielsweise besonders viele Patt-Situationen erwartet, während diese Gefahr beim Umweltschutz und der Verbraucherpolitik weniger direkt besteht, da auf diesen Politikfeldern eine stärkere Interessenhomogenität der Akteure vorherrscht.[9] In einigen Politikbereichen ist die-

---

7 Vgl. George Tsebelis, The European Convention and the Rome and Brussels IGC's: A Veto Players Analysis. In: Thomas König/Simon Hug (eds), Policy-making Processes and the European Constitution. A Comparative Study of Member States and Accession Countries, London 2006.

8 C. Zimmer/G. Schneider/M. Dobbins, The Contested Council: The Conflict Dimensions of an Intergovernmental Institution, Paper prepared for presentation at the 2nd Pan-European Conference on EU Politics, Bologna 24-26 June, 2004.

9 Vgl. Thomas König/T. Bräuninger, Accession and Reform of the European Union: A game-theoretical analysis of the Eastern enlargement and the Constitutional Reform. In: „European Union Politics“ 5/2004, S. 419-439.

se Status-quo-Orientierung bei wachsender Anzahl von Mitgliedern jedoch ein direkter Weg in die Unregierbarkeit und bedeutet in der Praxis eine weitere Reduktion der Legitimität der EU, die ohnehin prekär ist. Bei den gleichzeitig wachsenden Aufgaben der EU, etwa im außenpolitischen Bereich, ist dies insgesamt eine höchst kontra- produktive Situation. Die Gründe der institutionellen Problemlösungs- und Entscheidungsfähigkeit machen deshalb die Verfassung zu einer praktischen Notwendigkeit. Dies ist aber nur *ein* Argument dafür, dass die europäische Verfassung immer noch eine gute Idee ist. Der *zweite*, nicht minder wichtige Grund betrifft nicht nur die Regierbarkeit, sondern betrifft darüber hinaus die *demokratische Regierbarkeit*.[10] Demokratie und Regierbarkeit sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden, wie es häufig schon ansatzweise geschieht. Vielmehr zwingt uns heute die *Frage* nach der demokratischen Regierbarkeit zu neuem Denken.

Wer aber kann den Verfassungsprozess beleben?

6. Die Belebung des Ratifizierungsprozesses ist die *wichtigste* Aufgabe, vor der die deutsche Ratspräsidentschaft steht. Die Erwartungen an sie dürfen nicht mit Einsätzen in aller Welt überfrachtet werden, denn gerade dies wäre kontraproduktiv. Andere oft ge-

[10] Zu dieser Begriffsbildung vgl. Heinz Kleger/Pawel Karolewski/Matthias Munke, Europäische Verfassung. Zum Stand der europäischen Demokratie im Zuge der Osterweiterung, 3., erw. Aufl. 2004 (1. Aufl. 2001).

nannte Aufgaben, wenngleich ebenso relevant, unterliegen nicht demselben *Zeitregime* wie die Verfassung: Damit die Verfassung überhaupt noch belebt werden kann, sollte sie bis zu den Europawahlen 2009 und bis zur Einberufung der neuen Kommission im November 2009 ratifiziert sein. Eine europaweite Abstimmung über den Verfassungsentwurf bei den Europawahlen (zusätzlich zu der völkerrechtlich notwendigen Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten) gehört zu den *wenigen Chancen*, die zu einem *Mehr an Legitimität* und zu einer *stärkeren Einbeziehung* der Bürger führen könnten. Andere Themen der deutschen Ratspräsidentschaft können demgegenüber zeitlich gestreckt werden: So kann beispielsweise das Kooperations- und Partnerschaftsabkommen mit Russland, das 2007 nach 10 Jahren abläuft, in seiner Form von 1997 immer jeweils um ein Jahr verlängert werden; auch die Fragen der Handelspolitik, wie zum Beispiel der 2001 begonnenen Doha-Runde, können nicht innerhalb eines halben Jahres gelöst werden. Mit der Verfassung jedoch verhält es sich anders. Für diese Verfassung gilt ein *strikter Zeitplan*: Der kompromissfeste Entwurf müsste am Ende der slowenischen Präsidentschaft und noch vor der französischen Präsidentschaft im Frühjahr 2008 vorliegen, denn erfahrungsgemäß werden für den Ratifizierungsprozess mindestens 18 Monate benötigt. Auf diese Weise könnte eine europaweite Abstimmung in der Unionsbürgerschaft tatsächlich gelingen, die einer Verfassung die *notwendige* demokratische Legitimation verleihen würde. Für eine transnationale, nicht staatlich fixierte (multi-

level) Verfassung braucht es eine transnationale Bürgerschaft als *einer* Identitätsdimension. Eine solche heterogene Bürgerschaft ist eine Voraussetzung und ein Prozess *zugleich*.

7. Eine europaweite Abstimmung über die Verfassung am selben Tag und in allen Ländern der EU ist von *größter* Bedeutung. Allein auf diese Weise kann nämlich vermieden werden, dass Referenden auf der Grundlage von verfassungsfremden Inhalten beziehungsweise als Strafe für nationale Regierungen benutzt werden, wie dies teilweise in Frankreich und ganz deutlich in den Niederlanden der Fall war. Eine europaweite Abstimmung über die Verfassung bei den Europawahlen 2009 würde die Aufmerksamkeit der Bürger auf die EU-spezifischen Themen lenken und könnte somit die politische Signifikanz der EU erhöhen. In diesem Sinne ist der Verfassungsprozess nicht nur eine Frage des institutionellen Neujustierens nach der Osterweiterung, sondern er würde ebenso die Legitimationsgrundlagen der EU stärken, die in der Post-Maastricht-Krise seit den 90er Jahren gerade in ‚Kerneuropa' von den Bevölkerungen immer mehr bezweifelt worden sind. Seitdem ist die Zeit des permissiven Konsenses vorbei, und die Völker melden sich zurück, was mit dem dänischen Nein im Juni 1992 und der Zitterpartie in Frankreich (nur 50,8 % stimmten schließlich für den Vertrag) – in der eigentlichen Krisen*phase* der Post-Maastricht-Krise – begonnen hat. Der Krisen*ausgang* war die Wiederholung des Referendums nach Verän-

derungen des Vertrages, die Dänemark eine Sonderrolle einräumten. Faktisch wurde damit freilich die Grundlage für ein Europa der zwei Geschwindigkeiten gelegt, und der Fortgang der Integration wurde trotz Erfolgen generell unsicherer. Zudem schlug die Maastricht-Euphorie in Euroskeptizismus um. Die wachsende Kluft zur Bevölkerung, die Jacques Delors schon damals feststellte[11], ist seitdem nicht behoben worden und führt nunmehr zu Integrationswiderständen. Zur *Legitimationsproblematik* der EU ist – vor dem Hintergrund der enormen Erweiterungsdynamik – inzwischen die *Identitätsproblematik* hinzugekommen. Zum Krisen*eingang* der Post-Maastricht-Krise gehörte außerdem seit Beginn der 90er Jahre die Verschlechterung des Wirtschaftsklimas, vor allem der Anstieg der Arbeitslosigkeit. Fragen der Beschäftigungspolitik, des Wachstums und des Wettbewerbs gehören derweil zur hauptsächlichen EU-Agenda, weil sowohl die ökonomische als auch die politische Legitimation fragwürdig geworden ist.

8. Man kann dies auch eine *‚Politisierung'* der europäischen Integration nennen, um ‚polites' – Bürger, Unionsbürger – zu *werden*, was insbesondere für die regierenden Politiker insofern ein Problem darstellt, als sie sich nun besser erklären müssen. Europa braucht deshalb starke Politiker *und* starke Völker. Dafür müssen sich aber die Rollenverständnisse der Politiker (und

[11] Vgl. Jacques Delors, Entwicklungsperspektiven der Europäischen Gemeinschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B1/1993, S. 3.

Verwaltungen) wie auch der Bürger ändern. Die Bürger haben in den positiven und negativen Referenden gleichermaßen an Selbstbewusstsein wie auch an europäischem Bewusstsein hinzugewonnen. Wenn jemand in diesen Volksabstimmungen versagt hat, dann war es die spezifische Art der direkten Demokratie ‚von oben' in Frankreich und die zum erstenmal praktizierte direkte Demokratie in den Niederlanden, bei der sich die regierenden Politiker selbst überschätzt haben.[12] Problematisch ist nicht die direkte Demokratie der Bürger, die allerorten immer mehr auf die Tagesordnung kommt und deshalb eingeübt werden muss, sondern fatal für die demokratische Auseinandersetzung ist vielmehr die *elitäre* Ignoranz der Arroganz und die *populistische* Arroganz der Ignoranz, die sich gegenseitig hochschaukeln. Dies vermindert die Möglichkeiten öffentlichen Überzeugens und lässt das Agonale ins Aggressive umkippen.

9. Die Post-Maastricht-Krise (1992/93) wirkt bis heute fort (Legitimation der Organe, Identifikation mit der EU, Außen- und Sicherheitspolitik), wenngleich nicht mehr alles zur Debatte steht wie etwa die Währungsunion. Dafür sind andere Streitpunkte hinzugekommen, zum Beispiel die Aufnahme der Türkei. Diese Diskussion, die bisweilen in einen stark emotionalisierten ‚Glaubenskrieg' zwischen der kulturhistorisch gut bekannten „Türkengefahr" und dem interkulturellen

[12] Zu den beiden Referenden vgl. Heinz Kleger, EU-Verfassung im Härtetest, in: WeltTrends, Nr. 48, Herbst 2005, S. 93-107.

„Brückenbauer“ ausartet, überlagert die Verfassungsdebatte und wirkt sich ungünstig auf diese aus. Zwei Fakten werden dabei gerne außer Acht gelassen. Erstens: Selbst wenn die Türkei nach dem Beitritt zum bevölkerungsreichsten Land der EU avanciert, wird sie gleichwohl – aufgrund gerade der Bestimmungen des Verfassungsentwurfs – *nicht* zur stärksten politischen Kraft. Und zweitens, was die Zuwanderung angeht, so werden das *nicht* die „ostanatolischen Massen“ sein, sondern eher junge und gebildete Städter.

Überhaupt scheint die Aufnahmefähigkeit bzw. die Identitätsproblematik angesichts der Erweiterungen im Zusammenhang mit den Grenzen der EU ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt zu sein: Die Bürger wollen wissen, wo die Grenzen verlaufen, wenn sie ihre nationalen Grenzen (transnational) überwinden sollen. Die Verfassung (oder ein Grundlagendokument, man kann es auch ‚Grundgesetz’ nennen) kann zwar zur Entschärfung einiger Krisen beitragen, sie löst aber nicht die Identitätsproblematik. Allerdings lanciert sie zumindest einen *legitimitätsstiftenden* Prozess, der die Bürger stärker einbezieht. Inwieweit sie dabei auch identitätsstiftend wirkt, ist fraglich. Die niedrige Identifikation mit dem komplexen (oder gar hybriden) Gebilde ‚EU’ wird indes anhalten, solange nicht vermittelt werden kann, was die EU für die einzelnen Bürger bedeutet. Die Post-Maastricht-Krise kann zwar durch eine Verfassung zumindest in einigen Hinsichten gelöst werden, sie löst aber offensichtlich auch eine Post-Verfassungs-Krise aus. Mit der EU 27 hat sich nämlich *gleichzeitig* das Regier-

barkeits-, Legitimations- und Identitätsproblem potenziert. Damit ist eine Überforderungskrise programmiert, die letztlich einem unverantwortlich expansiven Politikverständnis geschuldet ist, das nachgerade nur noch auf Folgeprobleme reagiert. Dabei zieht sich die demokratietheoretisch bedenkliche Legitimationsproblematik seit Maastricht durch - sie muss und kann als erste entschärft werden. Diese Herausforderungen zwingen die EU-Europäer schließlich zu einem neuen Blick auf sich selbst, von dem man sich neue Orientierung (z. B. eine neue Erweiterungspolitik) erwarten darf.

10. Wie bereits erwähnt, geht es bei der EU nicht nur um Regierbarkeit, sondern um eine *demokratische* Regierbarkeit. Die Frage nach Demokratie und Legitimität der EU ist eine besondere Aufgabe für die deutsche Ratspräsidentschaft, und zwar nicht lediglich in dem Sinne, dass sie 2007 wichtiger wird, denn sie war schon immer wichtig. Doch 2007 ist etwas anders geworden als in der Vergangenheit. Anders ist die *herausragende Legitimität der deutschen Präsidentschaft*, die nun in Gestaltungswillen umgemünzt werden kann. Bei der Politik geht es primär immer um Handeln-Können. Die jetzige deutsche Regierung besitzt europaweit die höchste Legitimität, die unerlässlich ist, um Schritte für die Belebung des Verfassungsprozesses zu unternehmen. Sie kann durchaus in diese Richtung handeln, wenn sie dem Regieren wieder *Konturen* geben will. Die Regierung der großen Koalition wird von zwei staatstragenden ‚Volksparteien' gebildet, die eine

WeltTrends

Nummer 51 | Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien

Geheime Dienste

Geheimdienste in Demokratien
Kontrolle der Nachrichtendienste
Die Dienste im Nahost-Konflikt
Wandel der Dienste – UK und Polen
EU-Geheimdienstkooperation
Das MfS im Prager Frühling
Geheimdienste und ABC-Waffen

Forum: BND
Zwischen Effizienz und Demokratie
— — —
Der Euro geht nach Osten
Hobbes und die Weltpolitik

WeltTrends Bestellungen
per Internet, Fax (0331-977 46 96)
per E-Mail: bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

WeltTrends
Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien

Welt Trends

Nummer 52 | Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien

Deutsche Ostpolitik

Kühler Kopf statt Megaphon
Pipelines des Imperialismus?
Neue Akzente statt Neubeginn
Weimar europäisieren
Instabilität in der Stabilität
Ein neues Zwischeneuropa?
Neue Ostpolitik konkret!

Forum:
Rot-Grüne Außenpolitik

bestellung@welttrends.de
www.welttrends.de

Welt Trends
Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien

Welt Trends

Nummer 53 | Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien

Rotes China Global

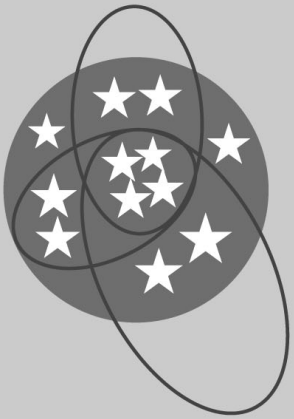
Außenpolitik Chinas
China und die Welt
Wachstum ohne Ende?
Partner Russland
Die Taiwan-Frage
Auslandschinesen
Politischer Systemwandel
Chinesisches Jahrhundert?

bestellung@welttrends.de
www.welttrends.de

Welt Trends
Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien

WeltTrends

Nummer 50 | Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien



Kerniges Europa

Erweiterung ohne Vertiefung
Polen und Kerneuropa
Sicherheitsstrategien im Vergleich
Die Union neu ausrichten

Forum:
EU-Diplomatie im Jahre 2020

Streitplatz:
Deutsche Ostpolitik

— — —

SWP – Think Tank für Außenpolitik
Deutsche in polnischer Sicht
Minderheitenpolitik in Europa
Human Security – Ein Sicherheitskonzept
Iran – Die unaufhaltsame Bombe

WeltTrends erscheint vierteljährlich.
Bestellungen per Post, Fax (0331-977 46 96) oder
per E-Mail unter: bestellung@welttrends.de
Mehr Informationen erhalten Sie im Internet unter:

www.welttrends.de

WeltTrends
Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien

komfortable Mehrheit im Bundestag besitzen. Eine solche Legitimität kann zur Zeit keine Regierung der großen Staaten oder Gründerstaaten für sich beanspruchen. Das politische *Frankreich* lebt derzeit vor allem von der Vorbereitung auf die Wahlen. Die *italienische* Mehrparteienregierung wiederum ist inhärent instabil und verfügt nur über eine knappe Mehrheit im Parlament. Die innere wie äußere Legitimität der Labour-Regierung in *Großbritannien* ist ebenfalls geschwächt; außerdem hat Großbritannien keine konstruktive Rolle während seiner EU-Ratspräsidentschaft gespielt, und Gordon Brown, der vermutlich Blair ablösen wird, ist deutlich euroskeptischer eingestellt als sein Vorgänger. Selbst *Spanien* als eines der großen Länder wird einen neuen Verfassungsentwurf nicht ohne Weiteres und offen unterstützen, nachdem sich die spanische Bevölkerung in einem historisch beispiellosen Referendum für den bisherigen Entwurf ausgesprochen hat. Das heißt für die deutsche Ratspräsidentschaft, dass es keine Alternative zu einer *offensiven Verfassungswiederbelebungsstrategie* gibt, obwohl derzeit aus guten Gründen mehr sondiert und moderiert als offensiv gehandelt wird. Deutschland legt sich noch nicht fest, es wird vor allem im Rahmen akademischer Diskussionen und auf diversen Think Tanks geredet. Wir sind noch in der Reflexionsphase.

11. Die Bundesregierung hält offiziell am Verfassungsentwurf fest, vor allem der erste und zweite Teil sollen gerettet werden.[13] Auf die technischen Bestimmungen und detaillierten Organisationsregeln des umfangreichen dritten Teils könnte man tatsächlich verzichten. Der deutsche Außenminister Steinmeier[14] und der SPD-Vorsitzende Beck[15] wollen dafür von einem europäischen *Grundgesetz* sprechen. Die Bundesregierung formulierte eine praktische Philosophie in fünf Punkten, die Eingang in die ‚Berliner Erklärung' finden soll[16]:

1. Bewahrung des europäischen Lebens- und Gesellschaftsmodells im Zeitalter der Globalisierung mit einer starken und dynamischen Wirtschaft und einem den Bedürfnissen der Bürger angemessenen Sozialmodell.
2. Gewährleistung der inneren Sicherheit angesichts von Bedrohungen durch den Terrorismus und grenzüberschreitender Kriminalität unter Wahrung der bürgerlichen Freiheitsrechte.
3. Stabilisierung der unmittelbaren geografischen Umgebung in Europa ebenso wie das Eintreten für Frieden, Demokratie und Marktwirtschaft in anderen Teilen der Welt.

---

13 *1. Teil:* Definition und Ziele der Union, Unionsbürgerschaft, Zuständigkeiten, Organe und Einrichtungen, Ausübung der Zuständigkeiten, besondere Bestimmungen, verstärkte Zusammenarbeit, das demokratische Leben der Union, die Finanzen der Union, die Union und ihre Nachbarn, Zugehörigkeit zur Union. *2. Teil:* Charta der Grundrechte der Union.

14 Vgl. ‚Die Welt' vom 30. 5. 2006.

15 Vgl. ‚Frankfurter Rundschau' vom 26. 9. 2006.

16 Rede von Staatssekretär Silberberg am 4. 10. 2006, Auswärtiges Amt.

4. Eintreten für die Zukunft unseres Planeten, das heißt für nachhaltige Entwicklung, Umwelt- und Klimaschutz sowie die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.
5. Impulse in der Frage der strittigen Erweiterungen sowie für eine neue europäische Ostpolitik.

Der letzte Punkt ist besonders heikel *im Verhältnis zu Polen*, denn Ziel einer europäischen Ostpolitik soll es sein, „das konstruktive Engagement Russlands durch neue Kooperations- und Integrationsangebote“ zu fördern.[17] Das Positionspapier „Annäherung durch Verflechtung“ fordert deshalb eine stärkere Vernetzung sowie eine wertebasierte Partnerschaft. Anlass zu diesen Überlegungen bietet das Auslaufen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Russland just zum Zeitpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft. Ein wichtiges Traktandum der deutschen Präsidentschaftsagenda ist darüber hinaus der Abbau von Bürokratie auf europäischer Ebene: Die Kanzlerin bezeichnete jüngst 25 % des europäischen Regelwerkes schlicht als überflüssig.[18] Diese Politik soll einem der wichtigsten Kritikpunkte in der deutschen Bevölkerung an Brüssel Rechnung tragen. Die Kanzlerin sieht darin eine Maßnahme, um der aufgebrochenen Vertrauenskrise gegenüber dem europäischen Integrationsprozess zu begegnen.[19]

---

17 Vgl. ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung‘ vom 4. 9. 2006.

18 Podcast der Bundekanzlerin zur deutschen Ratspräsidentschaft.

19 Vgl. auch Günter Verheugen, Europa in der Krise. Köln 2005.

12. Die Offensive der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist umso wichtiger, als Deutschland bereits jetzt sinnvolle Bestimmungen des Verfassungsvertrages umsetzt. So wurde zum Beispiel vor kurzem ein Frühwarnsystem für die europäische Subsidiarität geschaffen, welches die Rolle des Bundestages bei der Formulierung und Kontrolle der europäischen Gesetzgebung stärker berücksichtigt – ein ganz wichtiger Punkt. Ein hochsymbolisches Datum, an dem entscheidende Weichen gestellt werden können, wird der März 2007 mit seinen Feierlichkeiten zum 50jährigen Jubiläum der Römischen Verträge sein, die diesmal bürgernäher gestaltet werden sollen. Sie hätten eigentlich in Rom stattfinden sollen, sie finden aber bezeichnenderweise in Berlin statt. Geplant ist eine *‚Berliner Erklärung'* auf dem informellen Gipfel, welcher die Ansprüche und Verpflichtungen der Europäischen Union neu definiert. Im Juni 2007 ist schließlich die verlängerte Reflexionsphase zu Ende, und man kann sich nicht mehr länger in sie flüchten. Im selben Monat laufen Parlamentswahlen in den Niederlanden und Präsidentschaftswahlen in Frankreich, die möglicherweise zu neuen Verhandlungspartnern und politischen Optionen führen. Am 21./22. Juni findet der Schlussgipfel der deutschen Ratspräsidentschaft statt, die im Juli ihren *Zeitplan* und das weitere technische *Vorgehen* für die Verfassung vorlegen wird. Über *Inhalte* soll bis dahin noch nicht entschieden werden, um die Präsidentschaftswahlen in Frankreich abzuwarten. Gerade in Zeiten beschleunigter Modernisierungsprozesse und

überhasteter Reformen ist weniger oft mehr: Politik muss Prioritäten setzen können, und es gilt die Bevorzugung des Befristeten insbesondere dann, wenn es von grundlegender Bedeutung für das Nachfolgende ist. Man sieht an diesem Beispiel einmal mehr, welch große Bedeutung der *Zeitfaktor* in der Politik spielt (‚kairos' nicht ‚chronos'). Politik ist etwas auf Zeit, jeder hat seine Zeit, Politik hat *ihre* Zeit. Durch ein Spiel auf Zeit wird die Verfassungskrise, die Ausdruck einer tiefergehenden Desorientierung und Unübersichtlichkeit ist, jedenfalls nicht behoben. Die unübersichtlich wuchernde ‚european governance' bedarf einer Verfassung, ansonsten wird Politik zum reinen Management und Lobbying.

13. Die gegenwärtige polnische Regierung *spielt auf Zeit*, ohne über eine eigene stringente Konzeption zu verfügen. Vielmehr findet man widersprüchliche Aussagen auf einer breiten Bedeutungspalette von „die Verfassung ist tot" über „wir haben noch zwei Jahre Zeit zur Ratifikation" bis „die EU braucht ein Grundlagendokument". Die Mehrheit der konservativen Eliten tendiert zu einer Nizza-plus-Lösung. Das Konzept von einem ‚Europa der Projekte', wie zum Beispiel die Initiative zu einer europäischen Energiepolitik, flankiert diese Option. Das Land beziehungsweise seine Eliten scheinen genau zu wissen, was sie ablehnen. Weniger klar sind dagegen die Vorstellungen über eine künftige verfassungsmäßige Grundlage der EU. Die gegenwärtige innenpolitische Situation spricht nicht da-

für, dass Polen den Verfassungsvertrag ratifizieren wird, was kein harmloser Verstoß gegen ein verabredetes Verfahren ist. Zwei Aspekte der europäischen Verfassung missfielen in Polen vor allem: die fehlenden christlichen Wurzeln und die doppelte Mehrheit bei Abstimmungen im Rat, was selbst die pro-europäische SLD-Regierung einräumte. Diese Bedenken dominierten und überlagerten die Verfassungsdebatte, obwohl es im Verfassungsentwurf noch viele andere Bestimmungen gibt, die für Polen relevant sind, zum Beispiel in puncto Sicherheit und Außenpolitik. Die Diskussion über den Verfassungsentwurf war in Polen intensiv, aber auch sehr selektiv und stark emotional. Darüber hinaus wird das Projekt als *hegemoniales* Projekt von Deutschland und Frankreich wahrgenommen. Insbesondere gegenüber Deutschland hegt die derzeitige nationalkonservative Regierung große Vorbehalte. In der Bevölkerung gibt es allerdings eine generelle Zufriedenheit mit der europäischen Integration[20] und wohl auch eine Mehrheit für die europäische Verfassung[21], was die Regierung zwingen dürfte, auch in grundsätzlichen Fragen moderater aufzutreten: Polen will ja seit jeher ohnehin keinen Kern, was immer auch hieß: keinen Kern ohne uns. Diese verständliche Strategie und die fortschrittli-

---

[20] Vgl. Daria Dylla, ‚Nationales Interesse' versus ‚wahlpolitisches Interesse', in: WeltTrends Nr. 55 2007, welche die verschiedenen Umfragen ausgewertet hat.

[21] Eine solche müsste freilich erst in einem Referendum erreicht werden, wobei 50 % Wahlbeteiligung nötig sind. Der Sejm müsste eine solche Ratifizierungsform beschließen, wofür im Moment keine Mehrheit vorhanden ist.

chen Einstellungen in der Bevölkerung wecken Hoffnungen auf ein mehr pragmatisches Vorgehen, da eine integrationshemmende Politik nicht im Interesse Polens liegt. Einerseits ist Polen aus historisch gut nachvollziehbaren Gründen besonders souveränitäts- und sicherheitsempfindlich, andererseits ist man in Polen mit der EU-Mitgliedschaft bisher generell zufrieden, das gilt selbst für die Bauern, nachdem EU-Gelder geflossen sind. Man befürchtet indessen ein Europa der ‚zwei Geschwindigkeiten', nachdem der EU-Beitritt mit hohen Transformationskosten gelungen ist. Insbesondere die Jungen sehen in den Veränderungen positive Chancen, sie möchten die verhandelten Übergangsfristen (regieren *mit* der Zeit) am liebsten überspringen, denn Lebenszeit ist im Unterschied zur Weltzeit knapp - langfristig sind wir tot!

14. Die doppelte Mehrheit gehört zu den elegantesten neuen Lösungen des Verfassungsentwurfs (Art. I-25). Die Polen sehen darin allerdings mehrheitlich einen Machtverlust. Tatsächlich geht es bei Verfassungsfragen immer auch um Machtfragen. An dieser Stelle sind politische Empfindlichkeiten verständlich. Betrachtet man den *relativen Einfluss* im Vergleich zu Deutschland und Frankreich oder bewertet man die *Erreichung von Sperrminoritäten*, so stimmt die polnische Einschätzung des Machtverlustes gegenüber dem Nizza-Vertrag, die zur nicht ironisch gemeinten Formel

„Nizza oder der Tod“ geführt hatte.[22] Geht es allerdings um das *Gesamtgewicht innerhalb des Rates*, mithin um die konstruktive Mitgestaltung an der Europapolitik, so erhöht die doppelte Mehrheit den Einfluss Polens im Rat aufgrund seiner Bevölkerungsgröße von 38 Millionen. Die europakritischen Kräfte sind natürlich eher an einem *effektiven Veto* als an *politischer Gestaltungskraft* interessiert, um unerwünschte Integrationsschritte verhindern zu können. Aus ihrer Sicht ist die Ablehnung der doppelten Mehrheit konsequent. Zudem dürfen bei diesem Thema die psychologischen Argumente nicht unterschätzt werden, denn die Regelungen im Vertrag von Nizza haben Polen mit 27 Stimmen fast auf die gleiche Stufe gehoben wie die vier großen EU-Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien mit 29 Stimmen. Dennoch erreicht Polen durch die vor allem von Deutschland geforderte doppelte Mehrheit (ursprünglich 50 %/60 %, jetzt 55 %/65 %) eine Netto-Verbesserung seines Einflusses, sofern er denn koalitionspolitisch genutzt wird. Polen kann sich neue Partner für ein solidarisches Europa suchen, denn auch Solidarität bzw. Bündnistreue werden im neuen Verfassungsentwurf groß geschrieben.

15. Die Zeit der Politik ist nicht nur eine Zeit des *Handeln-Könnens*, sie ist auch eine Zeit der *Ereignisse*. Ereignisse können nur zum Teil beeinflusst

---

22 Der Slogan wurde 2003 von Jan Rokita von der ‚Platforma Obywatelska‘ (PO), einem Widersacher des damaligen Premierministers Leszek Miller (SLD), geprägt.

werden, sie sind keine ‚events'. Auch mit Ereignissen, ja Widerfahrnissen, die man nicht beeinflussen kann, muss Politik umgehen können. Die Souveränität im Zeitregime ist deshalb begrenzt. Nicht nur Deutschland und Frankreich spielen eine Schlüsselrolle in der Verfassungsdebatte, auch Polen. Dies hat mehrere Gründe: Der *gewichtigste* Grund ist, dass Polen das größte der neuen EU-Mitglieder ist. Ohne Polen wird eine Verfassung, welche die Spaltung Europas überwinden soll, nie auch nur annähernd Verfassungswirklichkeit. Schon Teile davon, wie beispielsweise die Grundrechtecharta, die letztlich den einzelnen Bürgern dient, können große Fortschritte bedeuten. *Zweitens* hat Polen an der Verfassungsdebatte sowohl intensiv teilgenommen[23], als auch die Verhandlungen im Dezember 2003 mit einem historisch einmaligen Veto zum Scheitern gebracht. Eindrücklich war das Bild, wie Premierminister Miller in Brüssel mit einem verletzten Rücken (nach einem Hubschrauberabsturz) Rückgrat für Polen bewies. Gerade diese doppelte Art der Beteiligung führt zur moralisch-politischen Verpflichtung, weiterhin den Verhandlungsweg zu beschreiten, zu dem *drittens* paradoxerweise auch die angespannten deutsch-polnischen Beziehungen beitragen werden. Die Folgen der außenpolitischen Isolation Polens hat inzwischen auch die PiS-Führung erkannt. Selbst für die vormals vehementen Kritiker des Verfassungsvertrages, die Brüder Kaczynski, ist „die

---

[23] Siehe z. B. Christine Normann, Polens Rolle in der EU-Verfassungsdebatte, Münster/Hamburg/London 2005; vgl. auch Heinz Kleger, Der Konvent als Labor, Münster/Hamburg/London 2004.

Verfassung nicht mehr tot“. Neulich wies Staatspräsident Lech Kaczynski in einem Vortrag sogar auf die *Notwendigkeit eines Grundlagenvertrages* hin und kündigte eigene Vorschläge zur Behebung der Verfassungskrise an.[24] Beide Seiten, die deutsche wie die polnische, sind jedenfalls verhandlungsbereit, so dass eine sogenannte ‚Paketlösung’ für Kompromisse sorgen könnte. Dies alles ist zwar spekulativ, aber dennoch nicht unrealistisch, denn einige Verhandlungspunkte könnte die jetzige polnische Regierung sogar innenpolitisch nutzen, zum Beispiel eine Einigung im Bereich der europäischen Energiepolitik gegen das autokratische Russland. In solchen Bereichen sind durchaus ‚win sets’ mit einer deutschen Ratspräsidentschaft möglich, die einer polnischen Regierung zu außenpolitischen Erfolgen verhelfen würden, welche sie wiederum innenpolitisch ummünzen könnte. Obwohl das neue Parlament seit den Wahlen im September 2005 dem Verfassungsentwurf deutlich skeptischer bis ablehnend gegenübersteht als das vorherige Parlament (im Mai 2005 stand Polen noch kurz vor der Ratifizierung!), gibt es dennoch Tendenzen zu einer verhandlungsbereiten Position[25], die genutzt werden können. Vormals sah man den möglichst frühen Zeitpunkt der Ratifikation noch als Gradmesser des europapolitischen Engagements.

---

[24] Rede an der Humboldt-Universität Berlin am 8. 3. 2006.

[25] Immerhin werden die Treffen und die Zusammenarbeit des ‚Weimarer Dreiecks‘ (Frankreich, Deutschland, Polen) nicht mehr in Frage gestellt. Das letzte Treffen fand im saarländischen Mettlach im Dezember 2006 statt.

Europäische Demokratie nach innen und nach außen

16. Die EU erweitert sich nicht nur um neue Mitglieder, die EU *baut* auch ihre *Tätigkeitsbereiche aus.* Man kann eine klare Verschiebung von EU-Aufgaben in Richtung der *Außenpolitik* beobachten: Klimaschutz und Welthandel bleiben wichtige EU-Betätigungsfelder; dazu kommt, dass sich die EU gegenwärtig an dreizehn militärischen und stabilisierenden Missionen weltweit beteiligt; sie engagiert sich darüber hinaus auch bei den Verhandlungen mit dem Iran und versucht im Osten Europas, zum Beispiel in der Ukraine oder auch in Zentralasien, zum relevanten Entscheidungsfaktor zu werden.

17. Dabei wachsen natürlich die *Koordinierungsprobleme* in der europäischen Außenpolitik, die oft unter großem Zeitdruck stattfinden muss, erheblich. Damit die EU aber tatsächlich als außenpolitische Größe wahrgenommen wird, ist eine viel weitergehende Koordinierung der nationalen Außenpolitiken notwendig, zum Beispiel in Bezug auf das Nuklearprogramm des Iran. Dabei ist die *Logik des außenpolitischen Handelns* nicht dieselbe wie die in der *Innenpolitik*. Es ist in einigen Ländern Europas vorgekommen, dass in Verbindung mit den Medien demagogische und konfliktive Strategien verwendet wurden, um die innenpolitische Legitimität der Regierung (quasi schmittianisch) zu erhöhen. Dies mag im innenpolitischen Kontext zusätzli-

che Wähler mobilisieren. Der verbreitete Populismus, Gegensätze noch gegensätzlicher werden zu lassen, ist deshalb kein Zufall. In der Außenpolitik jedoch, insbesondere in der EU, führt dies zur *Isolation*. Diese Erkenntnis gilt gleichermaßen für Deutschland wie für Polen. Beide wirken oft merkwürdig weltabgewandt und selbstbezogen. Deutschland ließ zum Beispiel die Interessen anderer EU-Länder beim bilateralen Projekt der Ostsee-Pipeline außer Acht; die polnische Regierung wiederum scheint die Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland in innenpolitisches Kapital ummünzen zu wollen. Beide Strategien sind falsch, denn sie führen nicht zur Stärkung der EU in der internationalen Arena, sie schwächen vielmehr die Position beider Länder in der EU.

18. Die Heterogenität und Pluralität in der EU werden absehbar weiter zunehmen. Inzwischen gibt es 23 Amtssprachen und sogar schon einen Kommissar für Vielsprachigkeit. Es ist deshalb nicht nur unerwünscht, sondern auch höchst unwahrscheinlich, dass es jemals eine homogene europäische Nation geben wird. Deshalb muss die EU einen Weg finden, mit der *eigenen Heterogenität* umzugehen, ohne dabei an *Entscheidungseffektivität* einzubüßen. Was indessen eine noch größere Rolle spielt, ist eine Herausforderung, die zugleich eine fundamentale (Krisen-)Lösung sein könnte: die *Demokratisierung der EU*. Die EU kann sich nicht allein über die Ergebnisse ihres Handelns legitimieren, denn so könnte sie wirkliche Existenzkrisen

nicht überstehen. Diese Krise wird seit Maastricht verschleppt und überspielt. In dieser Hinsicht kommt der europäischen Verfassung eine große Rolle zu. Ihre Aufgabe besteht nicht nur darin, die Institutionen zu verbessern, sondern vor allem darin, sie demokratisch zu gestalten. Die beobachtbare Funktionslogik seit Beginn der 90er Jahre ist die folgende: Je mehr Aufgaben die EU übernimmt, desto weniger populär wird sie. Eine mögliche Lösung wäre die Einführung von möglichst vielen *Selbstbestimmungskanälen für die EU-Bürger*, in denen sie sich selbst und nicht nur vermittels ihrer Regierungen mit der EU auseinandersetzen können. Die europäische Verfassung bietet in dieser Hinsicht eindeutig mehr Instrumente als die bisherigen Verträge. Von besonderem Interesse hierfür ist Teil I, Kapitel 6, wo das *demokratische Leben der EU* behandelt wird. Dort werden unterschiedliche Aspekte einer modernen Demokratie wie die repräsentativen, direkten und assoziativen angesprochen: Es ist ausdrücklich von *repräsentativer* Demokratie, *partizipativer* Demokratie und *sozialem Dialog* die Rede. In diese Richtung einer europäischen Demokratie nach innen und nach außen sollte die Entwicklung der EU weitergehen.

Prof. Dr. Heinz Kleger,
geb. 1952, Politikwissenschaftler an der Universität Potsdam und der Europa-Universität Frankfurt (Oder); Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Zeitschrift *WeltTrends*.
Forschungsthemen: Politische Theorie, Bürgerschaft und Demokratie in Europa.

Publikationen: Europäische Verfassung. Zum Stand der europäischen Demokratie im Zuge der Osterweiterung, Münster 2004; Religion des Bürgers. Zivilreligion in Amerika und Europa, Münster 2004.
E-Mail: kleger@uni-potsdam.de

Impressum

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

WeltTrends-Papiere
ISSN 1864-0656

Die Reihe wird herausgegeben von Azadeh Zamirirad, M.A., Universität Potsdam, im Auftrag von WeltTrends e.V.

Band 1 (2007)
Noch zu retten? Plädoyer für die EU-Verfassung
ISBN 3-939469-XX-X

Druck: Audiovisuelles Zentrum der Universität Potsdam
Vertrieb: Universitätsverlag Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Fon +49 (0) 331 977 4517 / Fax 4625, e-mail: ubpub@uni-potsdam.de, http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm

© 2007 WeltTrends e.V.

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Es darf ohne vorherige Genehmigung der Herausgeber nicht vervielfältigt werden.

Preis: 3 €
Bestellung: bestellung@welttrends.de *oder* ubpub@uni-potsdam.de

Sie möchten aus Ihren laufenden Forschungsarbeiten erste Ergebnisse veröffentlichen?
Sie möchten in aktuelle Debatten mit streitbaren Positionen eingreifen?
Sie möchten „klassische“ Texte, die schwer auffindbar sind, für die Lehre einsetzen?

… und dies alles soll schnell und preiswert erfolgen?

Wir bieten Ihnen dafür die **WeltTrends-Papiere**

NEU Die WeltTrends-Papiere

– neueste Ergebnisse aus der Forschung
– streitbare Positionen für die Debatte
– klassische Texte zum Wiederlesen

… und dies schnell und preiswert für ein breites Publikum

Demnächst erscheinen

WT-Papiere	2	Ansprüche? Die Eigentumsfrage in den deutsch-polnischen Beziehungen – Eine Kontroverse
WT-Papiere	3	Integriert? Zuwanderung in Brandenburg – Eine Bilanz
WT-Papiere	4	An Authoritarian Regime – The Case of Spain – Ein Reprint der klassische Analyse von Juan Linz aus dem Jahr 1964

Bestellungen unter: bestellung@welttrends.de *oder* ubpub@uni-potsdam.de

Wenn Sie an einem WT-Papier interessiert sind, wenden Sie sich bitte bezüglich der konkreten Konditionen an Frau Azadeh Zamirirad (Tel. 0331 -9774540 oder redaktion@welttrends.de).

WeltTrends-Bestellformular

Ja, ich bestelle

☐ ein **Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
(4 Hefte + Register) zum Preis von 40 € inkl. Porto.

☐ ein **Studenten-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
(4 Hefte + Register) zum Preis von 25 € inkl. Porto.

☐ ein **Institutionen-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
(4 Hefte + Register) zum Preis von 80 € inkl. Porto.

Die Abonnements sind jederzeit kündbar.

☐ ein **kostenloses Probeheft** der Zeitschrift *WeltTrends*.

☐ ***WeltTrends*** Nr. _____
zum Preis von je 9,50 € (Nr. 1-41 nur 7,50 €) zzgl. Porto.

Gewünschte Zahlungsweise (Bitte ankreuzen)

☐ Rechnung

☐ Bankeinzug

Konto-Nr.: _____

Bankleitzahl: _____

Geldinstitut: _____

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
PLZ Ort

_____
E-Mail-Adresse (falls WT-Newsletter gewünscht)

_____
Datum und Unterschrift

WeltTrends
Universitätsverlag Potsdam, Am Neuen Palais 10,
D-14469 Potsdam
Fax +49 (0)331 977-4625 oder -4696

Welt Trends
Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien

Ein außenpolitisches Journal der Berliner Republik

international – unabhängig – kompetent

Bisher erschienene Themenhefte

54 Identität Europa
53 Rotes China Global
52 Deutsche Ostpolitik
51 Geheime Dienste
50 Kerniges Europa
49 Militär in Lateinamerika
48 Internet Macht Politik
47 Europäische Arbeitspolitik
46 Globale Finanzmärkte
45 Von Dynastien und Demokratien
44 Modernisierung und Islam
43 Großmächtiges Deutschland
42 Europäische Außenpolitik
41 Transatlantische Perspektiven II
40 Transatlantische Perspektiven
39 Wohlfahrt und Demokratie
38 Politisierung von Ethnizität
37 Vergelten, vergeben oder vergessen?
36 Gender und IB
35 Krieg im 21. Jahrhundert
34 EU-Osterweiterung im Endspurt?
33 Entwicklungspolitik
32 Balkan - Pulverfaß oder ... ?
31 Recht in der Transformation
30 Fundamentalismus
29 Die autoritäre Herausforderung
28 Deutsche Eliten und Außenpolitik
27 10 Jahre Transformation in Polen
26 (Ab-)Rüstung 2000
25 Dezentralisierung und Entwicklung
24 Wohlfahrtsstaaten im Vergleich
23 Kooperation im Ostseeraum
22 Die Ostgrenze der EU
21 Neue deutsche Außenpolitik?
20 Demokratie in China?
19 Deutsche und Tschechen
18 Technokratie
17 Die Stadt als Raum und Akteur
16 Naher Osten - Region im Wandel?
15 Identitäten in Europa
14 Afrika - Jenseits des Staates
13 Deutschland und Polen
12 Globaler Kulturkampf?
11 Europa der Regionen
10 NATO-Osterweiterung
Sonderheft Russland und die GUS
9 Gewalt und Politik
8 Reform der UNO
7 Integration im Pazifik
6 Zerfall von Imperien
5 Migration
4 Geopolitik
3 Realer Post-Sozialismus
2 Chaos Europa
1 Neue Weltordnung

Bestellungen

bestellung@welttrends.de oder mit nebenstehendem Bestellformular

Universität Potsdam

Universitätsverlag Potsdam

http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm

Wissenschaftliche Literatur
in elektronischer, gedruckter
und multimedialer Form

Bestellen Sie online oder
per e-mail: ubpub@uni-potsdam.de
per Telefon: +49 (0)331 977-4517
per Fax: +49 (0)331 977-4625